

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photos: © WCC/Peter Williams

Die aus der ökumenischen Bewegung hervorgegangene Mikroreditorganisation Oikocredit kann trotz weltweiter Finanzkrise eindrucksvolle Erfolge vorweisen. Nutznießer sind arme Kleinstunternehmerfamilien.

Trotz Finanzkrise: Oikocredit steigert Investitionen

Eine aus der ökumenischen Bewegung hervorgegangene Mikrofinanzorganisation konnte ihre Investitionen um ein Drittel erhöhen. Die Programme von Oikocredit, unterstützen arme KleinstunternehmerInnen in sog. Entwicklungsländern, die vom kommerziellen Bankensektor keine Kredite erhalten. Sie ermöglichen ihnen die Verbesserung der Lebensbedingungen für sich, ihre Familien und Gemeinschaft. Das geschieht, während die Finanzmärkte durch die Kreditkrise schwer angeschlagen sind. 2008 erreichten die Mikrofinanz-Partner von Oikocredit 15 Millionen Haushalte sowohl in abgelegenen ländlichen Gebieten als auch in Städten, wie die im niederländischen Amersfoort ansässige Organisation vermelden konnte.

Oikocredit wurde 1975 als „Ecumenical Development Cooperative Society“, kurz EDCS, mithilfe des Oekumenischen Rates gegründet, um Darlehen zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit auszureichen. Mittlerweile ist daraus einer der weltweit größten nichtstaatlichen Geldgeber für den Mikroreditbereich geworden.

In den 30 Jahren, die Oikocredit besteht, hat kein Anleger auch nur einen Cent verloren. Das in Oikocredit angelegte Geld wurde

immer wieder neu investiert, um Bauerngenossenschaften, Kleinunternehmen und Mikrofinanzinstitutionen zu unterstützen.

Das Gesamtvermögen nahm im letzten Jahr um 15% auf 449 Mio. EUR zu. Gleichzeitig sank der Anteil ausfallgefährdeter Projekte auf den niedrigsten Stand aller Zeiten, nämlich 1,5%.

Gleichwohl reicht das Kapital nicht aus, um die ständig wachsende Finanzierungsnachfrage zu befriedigen. Die Evangelische Kirche in Deutschland stellt nun Oikocredit eine Kreditlinie im Umfang von fünf Millionen Euro zur Verfügung. Für Thomas Begrich, Leiter der Abteilung Finanzen im EKD-Kirchenamt in Hannover, ist wichtig, dass Oikocredit ein Partner ist, „der die Wirtschaft in den Entwicklungsländern basisnah und nachhaltig unterstützt.“ Nach Angaben von Oikocredit stammen die Einlagen in die Genossenschaft von 30 000 Einzelpersonen und etwa 500 Kirchen und kirchlichen Organisationen.

Rom: Exkommunikation von Martin Luther zurücknehmen

Ein internationaler Experte für kirchliche Einheit hat die römisch-katholische Kirche dringend um eine Erklärung gebeten, dass

AUS DEM INHALT

Schottland:
Wahrheitskommission zur Armut

Rom:
Exkommunikation von
Martin Luther zurücknehmen

Kanada:
Quäker unterstützen US-Deserteure

Polen:
Hälfte der Priester für Ende des
Zölibats

USA:
Der eigenen Kirche weniger treu
als der Zahnpastamarke ?

Weltfinanzsystem:
Kirchen fordern grundlegende
Reform

Oekumenischer Rat der Kirchen:
Auf der Suche nach einem neuen
Generalsekretär

Norwegen:
Pause bei der Suche nach Öl?

Aus Netzen und Bewegungen

Bremen:
Existenzrecht Israels und Frieden
mit Palästina

Niedersachsen:
Kirche und neue Armut

Rhein Mosel Saar:
Keine Wirtschaftspartnerschaft
ohne Sozialstandards

Württemberg:
60 Jahre NATO – 60 Jahre
Friedensbewegung

**Plädoyer für
eine ökumenische Zukunft:
„Von der Hoffnung, die in uns ist“**

**Oekumenisches Forum
Christlicher Frauen in Europa:
Verantwortung für die Schöpfung**

die Exkommunikation von Martin Luther keine Gültigkeit mehr hat. Eine solche Erklärung wäre „in diesen ökumenisch weniger spannenden Zeiten ... ein bemerkenswerter Schritt und ein Zeichen der Hoffnung und der Ermutigung“, sagte Günther Gassmann, der Direktor der OeRK-Kommission für „Glauben und Kirchenverfassung“ von 1984 bis 1995 war.

„Luther, während der vergangenen 400 Jahre ein Symbol für katholisch-lutherische Spaltungen, wird nun als ein gemeinsamer Lehrer betrachtet“, sagte Gassmann im Centro Pro Unione, einer ökumenischen Forschungseinrichtung in Rom. Er forderte die katholische Kirche auf, die veränderte Bewertung von Martin Luther nun offiziell zu bestätigen.

Bereits 2008 hatte Kardinal Walter Kasper, Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Katholiken ermutigt Luthers Lieder zu lesen und seine Kommentare zur Bibel, die „voller spiritueller Energie“ steckten. Davon könnten auch Katholiken lernen.

Gassmann legte einen Überblick über die Ergebnisse des lutherisch-katholischen Dialogs einschließlich der gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre von 1999 vor. Hier sei – unter Beteiligung des damaligen Kardinals Ratzinger, heute Papst, Übereinstimmung zu den wesentlichsten Differenzen zwischen Lutheranern und Katholiken seit der Reformationszeit gefunden worden. 2006 hatte sich auch der Weltrat der Methodisten dieser Erklärung angeschlossen.

Dem Päpstlichen Rat für christliche Einheit sowie dem Lutherischen Weltbund schlug Gassmann eine Arbeitsgruppe vor, um die gesamten Ergebnisse des katholisch-lutherischen Dialogs auszuwerten und für sie eine allseitige offizielle Anerkennung und Bestätigung zu erreichen. Das würde die bisherigen Übereinstimmungen zu Eucharistie/Abendmahl und das Wesen von Amt und Ordination einschließen. Dadurch würde ökumenische Hoffnung neu inspiriert.

Weltfinanzsystem: Kirchen fordern grundlegende Reform

Die Schaffung eines gerechten Finanzsystems hat Rogate Mshana, Wirtschaftswissenschaftler aus Tansania und im OeRK zuständig für wirtschaftliche Gerechtigkeit und das Programm „Reichtum, Armut und Ökologie“, gefordert. Die globale ökonomische Krise biete dazu eine gute Gelegenheit, sagte er in Belem, Brasilien. Nehme man sie nicht wahr, werde eine weitere Krise folgen. Der Markt brauche gewisse Regeln. Die Gurus der freien Marktwirtschaft hätten aber keineswegs aufgegeben. Sie versuchten, das System auf die eine oder andere Weise zu retten. Der Ansatz des OeRK sei es, zu untersuchen, welche Bereiche der Finanzen und des Handels unter die Zuständigkeit der Vereinten Nationen gestellt werden könnten.

Dazu sollten die Kirchen und religiösen Gemeinschaften, die Zivilgesellschaft sowie andere Gruppen ihren Beitrag leisten. Man dürfe die Neuausrichtung des Finanzsystems nicht den G 20 überlassen, die ja die führenden Wirtschaftsmächte seien. Bei deren Treffen in London im April sei keine Lösung der Probleme zu erwarten, weil sie nicht an einer neuen Architektur des Finanzsystems interessiert seien, sondern nur das bestehende stabilisieren wollten. Sie hätten weltweit zehn Billionen US-Dollar investiert, um das System zu retten. Dennoch sei es nicht wirklich gerettet. Im Übrigen habe das AGAPE-Dokument (Alternative Globalisation Addressing People and Earth) von 2005 vor deregulierten Finanzmärkten, spekulativen Blasen und Finanzkrisen gewarnt. Mshana erklärte: „Was wir im AGAPE-Dokument gesagt haben, war, dass der Markt gut und schön ist, aber gewisse Regeln braucht, Regeln die für tatsächliche Gleichwertigkeit und Gerechtigkeit sorgen.“

Nahrungssicherheit: Das Recht auf Nahrung als Waffe gegen den Hunger

Vertreter religiöser Organisationen haben bei einem Treffen in Madrid über Nahrungssicherheit die Anerkennung des Rechts auf Nahrung als wichtigste Waffe gegen den Hunger unterstützt. Rudolf Buntzel vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) – Mitglied der in Genf angesiedelten „Ecumenical Advocacy Alliance“ – begrüßte dieses Ergebnis und richtete seinen Blick auf die Ausarbeitung konkreter Aktionen, die das Recht auf Nahrung verbinden mit Maßnahmen, die von einer „UN-High Level Task Force“ vorgeschlagen wurden.

In seinem Schlusswort am 28. Januar sagte UN Generalsekretär Ban Ki-Mun: „Wir müssen weiterhin akuten Hunger und andere menschliche Bedürfnisse befriedigen, indem wir Lebensmittel, Nahrungshilfe und Sicherheitsnetze zur Verfügung stellen, uns aber darauf konzentrieren, die Produktion von Nahrungsmitteln zu verbessern sowie die Kleinlandwirtschaft“. Ban Ki Mun fügte hinzu „wir sollten bereit sein, dem einen dritten Pfad hinzuzufügen. Das Recht auf Nahrung als Basis für die Analyse, Aktionen und Rechenschaftslegung.“ Er versicherte: „Auf dem Weg nach vorne müssen wir Aktionen, die den Hunger reduzieren, verbinden mit einer Verbesserung der Ernährungssicherheit, die soziale Sicherheit der Schutzlosen erweitern, die landwirtschaftliche Produktion verbessern und die Handelswege so gestalten, dass sie zugunsten der Ärmsten der Welt wirken.“

Michael Windfuhr von Brot für die Welt bemerkte: „Wir hegen die Hoffnung, dass die Aufnahme des Rechts auf Nahrung in den Maßnahmenrahmen zu konkreten Aktionen führen wird, die nicht nur die technischen Probleme der Nahrungsmittelproduktion betreffen, sondern auch die politisch

sensibleren Themen wie den Zugang zu Ressourcen wie Land und Wasser.“

Der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Pfarrer Ishmael Noko, sagte in einer Reflexion zur christlichen Bitte ums tägliche Brot: „Wenn wir um ‚unser‘, nicht um ‚mein‘ tägliches Brot beten, dann beschreiben wir die Notwendigkeit für die Mindestanforderungen, die menschliche Würde ermöglichen, ausdrücklich in Gemeinschaftsbegriffen. Angemessene Nahrung muss ein Recht für alle Menschen sein, nicht ein Privileg für wenige.“

Weltforum für Theologie und Befreiung: Wasser, Erde, Theologie – eine andere Welt ist möglich

Christliche Theologie solle um Vergebung dafür bitten, was die Fehlinterpretationen der biblischen Schöpfungsgeschichten an ökologischen Zerstörungen angerichtet hat, so lautet die Kernbotschaft einer weltweiten Versammlung von Theologen und Theologinnen, die sich in Nordostbrasilien trafen. Das „Weltforum für Theologie und Befreiung“ beklagte, dass eine unvollständige Interpretation des Buches Genesis die Christenheit dazu verführt habe, einseitig und exzessiv die Rechte der Menschen zu betonen. Sergio Torres, ein römisch-katholischer Theologe aus Chile sprach zur Eröffnung des Forums, das einen Beitrag zur Entwicklung einer „Theologie der Nachhaltigkeit des Lebens auf der Erde“ leisten wollte. Torres selbst gehörte schon in den 70er Jahren des 20. Jahrhundert zu den Initiatoren einer Theologie der Befreiung, deren Ziel es war, eine Theologie aus der Perspektive der Armen zu betreiben und deshalb für sozialen Wandel eintrat.

Das TheologInnenforum traf sich zum Thema: „Wasser, Erde, Theologie – eine andere Welt ist möglich“ unmittelbar vor dem Weltsozialforum.

Torres erklärte bei dieser Gelegenheit, Theologie und Ökologie sollten voneinander lernen, um zusammen die Kraft zu finden, diesen „wunderschönen Planeten zu retten, bevor es zu spät ist“. Die Organisatoren des Forums hatten die Konferenz bewusst in die Amazonasregion gelegt, die sich durch ihre große biologische Vielfalt auszeichnet, um so das Bewusstsein für die unmittelbare Abhängigkeit von Mensch und Mitwelt zu stärken.

Auch Leonardo Boff, einer der Initiatoren des Forums, das sich seit 2005 alle zwei Jahre trifft, sprach in Belem. Ökologie, die in den letzten Jahren zu einem zentralen Begriff der Theologie Boffs geworden ist, bestimmte auch in der nordostbrasilianischen Stadt seine Rede: Die Art zu wirtschaften, welche die letzten vierhundert Jahre betrieben worden sei, sei an ihr Ende gekommen und verfüge nicht über mehr die Fähigkeit, die Fortsetzung des Lebens auf diesem

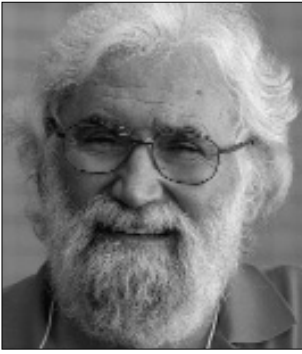


Photo: © Paulo Menezes/WCC

Der Theologe Leonardo Boff

Planeten zu gewährleisten, so Boff. „Es ist nötig, das Bewusstsein des Heiligen zurückzugewinnen, das tiefe Gefühl des Respekts und der Achtung gegenüber der Erde“. In seiner Rede machte Boff zugleich deutlich, dass er ein Unterstützer der „Gaia-Hypothese“ von James Lovelock sei, die propagiert, dass die Erde als ein großer selbst-regulierender Organismus funktioniere.

Auch die im Mai 2008 zurückgetretene brasilianische Umweltministerin Marina Silva sprach in Belem. Die ökologische Zerstörung der Amazonasregion stelle eine substantielle Bedrohung für den ganzen Planeten dar, warnte die Ökologieaktivistin. Ohne den Regenwald der Amazonasregion lasse sich das Überleben des ganzen Planeten nicht vorstellen. „Wir stehen einer einmaligen Krise gegenüber, die nicht allein eine Umweltkrise ist, auch nicht nur eine Wirtschaftskrise, es ist eine Krise der Zivilisation“.

Steve de Gruchy von der Universität von KwaZulu-Natal im Osten Südafrikas wies auf dem Treffen darauf hin, dass der Umgang mit Abwasser zeige, wie es die Welt mit der Nachhaltigkeit halte. „Wenn wir über Nachhaltigkeit reflektieren, dann müssen wir uns mit der Abwasserfrage befassen, weil wir nämlich mit unserem Abfall leben müssen, er verschwindet nicht, sondern er kommt zurück und holt uns ein, so de Gruchy.“

El Salvador: Neue Ermittlungen im Fall der ermordeten Jesuiten

Eloy Velasco, ein Richter am spanischen Nationalen Gerichtshof, hat neue Ermittlungen im Fall der ermordeten Jesuiten in El Salvador angeordnet. Am 16. November 1989 waren in der zentralamerikanischen Universität in San Salvador fünf Jesuiten, darunter der Rektor der Universität sowie weitere drei Menschen ermordet worden. Menschenrechtsaktivisten lobten die Entscheidung des spanischen Richters als einen wichtigen Schritt für die Familien der Ermordeten und für das Volk von El Salvador.

Zu den von den Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen betroffenen Personen zählen René Emilio Ponce, ehemaliger Generalstabschef, und Rafael Humberto Larios, ehemaliger Verteidigungsminister. Der spanische Richter gründet seine Entscheidung auf das

im spanischen Rechtssystem zulässige Konzept einer universellen Jurisdiktion in Fällen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Entsprechend hatten das „Center for Justice and Accountability (CJA)“ und die „Asociación Pro Derechos Humanos en España“, eine spanische Menschenrechtsorganisation, im November 2008 bei Gericht ihre Anträge gestellt.

Nur zwei der angeklagten salvadorianischen Offiziere waren seinerzeit verurteilt, aber im Zuge einer nationalen Amnestie wieder freigelassen worden. In einer Erklärung nannte das CJA das Massaker eines der größten Religionsverbrechen des 20. Jahrhunderts und einen Wendepunkt für den salvadorianischen Bürgerkrieg, dem etwa 75 000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Die Entscheidung unterstreiche zudem die Wichtigkeit dieses Falles nicht nur für El Salvador, sondern für die Durchsetzung der Menschenrechte überall auf der Welt, so Pamela Merchant, die CJA-Direktorin.

Armut: Wahrheitskommission in Schottland eingerichtet

Zur wachsenden Armut in Schottland führte die schottische protestantische Kirche ein Hearing nach dem Vorbild der Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika durch.

Die „Poverty Truth Commission“ bot in Glasgow Mitte März Menschen, die im Zug der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise den Arbeitsplatz oder das eigene Heim verloren haben, eine Gelegenheit, anderen zu berichten, was es im Detail bedeutet, völlig mittellos zu sein.

Die Kommission wurde vom Kirchenpräsidenten geleitet. Zu ihren Mitgliedern, die die Zeugnisse über das Erleben und Auswirkungen von Armut hörten, gehören kirchenleitende Personen, schottische Parlamentarier, Beobachter aus den Vereinigten Staaten und Journalisten aus Großbritannien und verschiedenen europäischen Ländern.

„Armut kann in Schottland überwunden werden, aber nur dann wenn wir die Erfahrung und Weisheit derjenigen ernst nehmen, die sie selbst erleben, sagte Pfr. Martin Johnstone von der Konferenz der kirchlichen Dienste in Schottland.“

Die Zeitung „The Scotsman“ berichtete, dass vermutlich mehr als 10 000 schottische Unternehmen die nächsten zwei Jahre nicht überleben könnten.

In Deutschland haben zu Jahresbeginn die Kirchlichen Dienste in der Arbeitswelt der Evangelischen Landeskirchen in Baden und in Württemberg zusammen mit dem DGB eine Studie vorgelegt, die die Umsetzung und Auswirkungen der Reformen aus der Perspektive von 429 Betroffenen betrachtet. Sie zeigt, dass die von Hartz IV Leistungen lebenden Menschen ihre Situation mehrheitlich als perspektivlos wahrnehmen. Rund 90% der befragten Alg II BezieherInnen be-

finden sich in einer finanziellen Notlage, die ihre gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten in einer nicht zumutbaren Weise einschränkt. Fehlerhafte Berechnungen, ausbleibende oder verzögerte Auszahlungen verschärfen die schon vorhandene Notsituation in erheblichem Maß. Das Grundrecht, dass alle Menschen ein würdiges Leben führen können, in dem die materielle, physische und psychische Existenz gesichert ist, wird in diesen Fällen verletzt.

In den USA haben die anglikanische Bischöfe mittlerweile selbstkritisch angemerkt, dass sie in der Vergangenheit die Fragen wirtschaftlicher Gerechtigkeit vernachlässigt und sich zu sehr um innerkirchliche Probleme gekümmert haben.

In einem Brief an die Gemeinden heißt es: „Wir haben es oft unterlassen, gegenüber den Mächtigen die Wahrheit auszusprechen, Gier und Konsumideologie zu verurteilen, die unsere Kultur durchdrungen haben, und wir haben dieser Kultur zu oft erlaubt uns zu definieren, statt von den Werten des Evangeliums geformt zu werden“.

Großbritannien: Neues/altes Bankensystem gefordert

In London, einer der Finanzhauptstädte der Welt, hat eine christliche Konferenz die Rückkehr zu einem Bankensystem der Grundversorgung und zu einem Wirtschaftssystem, das auf Werten und nicht auf Habgier beruht, gefordert.

Heute stehen wir vor der Wahl zwischen einer politischen Ökonomie, die auf Gier und übersteigertem Konsum beruht, oder statt dessen einem Lebensstil, der auf Nachhaltigkeit und auf gerechten Beziehungen zu unseren Nachbarn aufbaut, so Pfr. Bob Fyffe, Generalsekretär von „Churches Together“, einer ökumenischen Dachorganisation aller großen Kirchen des Vereinigten Königreiches und Irlands. Der Schatzmeister der United Reformed Church, der zuvor für die Bank von England gearbeitet hat, wies auf die Tatsache hin, dass diejenige Bank, die in der aktuellen schwierigen Situation relativ gesehen am stabilsten dastehe, die HSBC-Bank sei – und es sei wohl kein Zufall, dass sie von einem anglikanischen Priester geleitet werde.

Ann Pettifor, Leiterin der „Operation Noah“, einer christlichen Kampagne gegen den Klimawandel, machte Wucher und eine zu leichte Kreditvergabe für die Situation verantwortlich. Sechs Prozent Zinsen seien unglaublich hoch und nach ihrer Überzeugung reiner Wucher. Wucher bedeute, den Wert des Geldes über den Wert des Menschen und der Umwelt zu stellen. Kapital und Globalisierung seien auf das Prinzip gegründet, dass es keine Grenzen gebe. Grenzen aber seien bei jeder Regel notwendig. Der Investmentbanker John Reynolds, der Vorsitzende der „Ethical Investment and Advisory Group“ der Anglikanischen Kirche

von England rief in diesem Zusammenhang dazu auf, mehr Druck auf Firmen und Anteilhaber auszuüben.

USA:

Der eigenen Kirche weniger treu als der Zahnpastamarke?

Eine neue Untersuchung unter Protestanten in den Vereinigten Staaten, durchgeführt von Ellison Research in Phoenix, Arizona, kommt zu bemerkenswerten Ergebnissen: Wird die eigene Kirche als ein Markenartikel wie andere definiert und dann das Verhalten von Konsumenten auf dem Markt der Religionen verglichen, geben 16% der Befragten an, einen Wechsel der Kirche nie zu erwägen, während 22% dies für ihre Zahnpastamarke oder 19% es für die Marke des Toilettenpapiers angeben. Nach Angaben des Instituts gaben sieben von zehn Befragten an, sie seien im Prinzip offen für einen Wechsel der Denomination, im Vergleich gaben sechs von zehn römischen Katholiken an, nur eine Mitgliedschaft in dieser Kirche zu wollen.

Laut Aussagen von Ron Sellers, dem Präsidenten des Forschungsinstituts, stünden die evangelischen Kirchen vor den gleichen Problemen wie viele große Firmen, die Loyalität zu ihrem Markenprodukt erzeugen wollen: Verbraucher, die angesichts der vielfältigen Wahlmöglichkeiten Schwierigkeiten hätten, die Unterschiede zwischen den Angeboten zu erkennen.

Weitere Informationen:

<http://ellisonresearch.com/releases/20090112.htm>

Russische Orthodoxie: Neuer Patriarch Kirill I.

Mit Kirill I. wurde in der russisch-orthodoxen Kirche zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion ein neues Oberhaupt gewählt.

Allgemein wird erwartet, dass Kirill im Gegensatz zu seinem Vorgänger Alexei II gegenüber der Oekumene, also der Gemeinschaft der christlichen Kirchen, etwas offener eingestellt ist. Der Päpstliche Rat für die Einheit der Christen unterstrich die jahrelangen „brüderlichen Beziehungen“ und hofft, „den gemeinsamen Weg der Wiedervereinigung, den wir begonnen haben, fortzusetzen“. Weniger freundlich dürfte das Verhältnis Kirills zu dem ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. in Konstantinopel werden. Die russisch-orthodoxe Kirche ist mit 130 Millionen Mitgliedern innerhalb der Weltorthodoxie (rund 250 Millionen Mitglieder) die größte Gruppe. Daher versucht das Moskauer Patriarchat seit langem, selbst zum ersten Ansprechpartner in der Weltorthodoxie zu werden. Zu den Streitpunkten zwischen Konstantinopel und Moskau zählen die nationalen orthodoxen Kirchen in den ehemaligen Ostblockstaaten, so etwa in Estland mit der estnischen apostolischen orthodoxen Kirche. Auch die Ukraine bemüht sich

um eine von Moskau unabhängige Nationalkirche und wendet sich mit dem Anliegen – so wie zuvor die Esten – an den ökumenischen Patriarchen. Außerdem hat Moskau bislang nicht akzeptiert, dass die ständige Vertretung des ökumenischen Patriarchats bei der EU in Brüssel für die Gesamtorthodoxie spricht. Daher hat Moskau in der Person des Wiener russisch-orthodoxen Bischofs Hilarion einen eigenen Vertreter ernannt. Schon in seiner ersten Predigt, unmittelbar nachdem er in die bischöflichen Gewänder gekleidet worden war, sprach Kirill von der Bedrohung der kirchlichen Einheit, zum Beispiel durch die Entwicklungen in der Ukraine.

Der Wissenschaftler Nikolai Mitrokhin vom Institut für osteuropäische Studien an der Universität Bremen wies in einem Gespräch mit der ökumenischen Nachrichtenagentur ENI darauf hin, dass Kirill Vorsitzender des nationalistischen „Weltrats der russischen Völker“ ist und stets vom „heiligen Russland“ spricht. In den 80er und 90er Jahren habe sich Kirill innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche eine modernistische Reputations erworben, jedoch eine, die zu einem aufgeklärten Absolutismus tendiere.

Noch nicht deutlich ist, ob die nicht-orthodoxen Kirchen in Kirill einen Unterstützer in ihren Schwierigkeiten finden können, etwa bei der Rückübertragung von in früheren Jahrzehnten beschlagnahmten Kirchen.

Kanada: Quäker unterstützen US-Deserteure

Einen gerechten Krieg kann es nicht geben, lautet die Überzeugung der Gesellschaft der Freunde, auch bekannt als Quäker. Sie unterstützen deshalb eine Gruppe von Kriegsdienstverweigerern, die aus den USA nach Kanada geflüchtet sind und dort um Asyl nachgesucht haben. Die US-Soldaten haben sich nach den Erfahrungen, die sie gemacht haben, aus Gründen ihres Gewissens gegen die Kriege in Afghanistan und Irak gewandt. Ein Deserteur wurde bereits aus Kanada in die USA überstellt und dort inhaftiert. In den USA drohen den Verweigerern Gefängnisstrafen. Die Quäker, für die Pazifismus biblisch begründet ist, unterstützen neben anderen christlichen Gruppen den Antrag der Verweigerer auf Asyl. „Das biblische Tötungsverbot gilt absolut“, sagte Jane Orion Smith, Generalsekretärin der kanadischen Gesellschaft der Freunde. „Das Zeugnis Jesu war gewaltfrei.“

Nach ihren Angaben leben zu Beginn des Jahres 2009 etwa 200 Verweigerer in ihrem Land. Nur 20 davon hätten ihren Fall öffentlich gemacht. Kanada hat bereits eine lange Geschichte der Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern; so kamen während des Vietnamkrieges etwa 90 000 US-Amerikaner ins Land, um nicht am Krieg in Ostasien teilnehmen zu müssen.

Türkei:

Enteignung eines christlichen Klosters angedroht

Gegen das 1600 Jahre alte syrisch-orthodoxe Kloster Mar Gabriel wird in der Türkei ein Prozess geführt. Die religiöse Minderheit der Assyrer betrachtet die Tatsache, dass das Strafverfahren gegen ihr geistiges Zentrum Mar Gabriel nicht eingestellt wurde, als ein schlechtes Omen.

Das syrisch-orthodoxe Kloster Mar Gabriel ist eines der wenigen verbliebenen christlichen Zentren in der Türkei. Es hat sich zum Mittelpunkt christlicher Unterweisung entwickelt und trägt dazu bei, dass die aramäische Sprache als Muttersprache Jesu nicht ausstirbt. Mit seiner vielhundertjährigen Geschichte ist es eines der ältesten Klöster der Welt.

Mit einer juristisch dürftigen Begründung soll jetzt das Kloster den Christen weggenommen und in eine staatliche Touristenattraktion verwandelt werden. Die im Prozess erhobenen Vorwürfe lauten auf missionarische Tätigkeit in der moslemischen Nachbarschaft oder die unhaltbare Behauptung, das bereits in der Mitte des vierten Jahrhunderts erstellte Kloster Mar Gabriel stehe auf den Fundamenten einer Moschee. Solche Argumente sollen die Grundlage liefern, dass das Kloster in eine Moschee „zurückverwandelt“ werden kann.

Schon im Dezember 2008 hatte die Konferenz europäischer Kirchen ihrer Besorgnis über die Entwicklung in der Osttürkei Ausdruck verliehen. Der evangelische württembergische Landesbischof Frank Otfried July sieht in den Prozessen den Versuch, „das Kloster als christliches Zentrum auszulöschen“. Auch die Europäische Union hat, neben kirchlichen Organisationen, Beobachter zum Prozess entsandt. Ende Februar 2009 hat auch eine Delegation des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien das im Jahr 397 nach Christus gegründete Kloster im Südosten der Türkei besucht. Hilfesuchend haben sich der Abt, Erzbischof Timotheos Samuel Aktas, die 20 Mönche und Nonnen und 40 Schüler des Klosters an die türkische und internationale Öffentlichkeit gewandt, um eine anstehende Enteignung und Auflösung des Klosterbetriebes zu verhindern.

Neue Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen: Respekt gegenüber den Ersten Nationen

Delegierte aus rund 100 Ländern werden im Juni 2010 in Michigan in den USA zur Gründung des neuen weltweiten Dachverbandes der Reformierten, der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, des Zusammenschlusses des Reformierten Weltbundes und des „Reformierten Ökumenischen Rates“, erwartet.

Zu den Delegierten gehören auch Häuptlinge amerikanischer Indianerstämme. Im

Rahmen der Vorbereitung des Treffens wandten sich die Protestanten an die Vertretungen von zwölf Stämmen in der Region von Grand Rips mit der Botschaft: „Indem wir nach Michigan kommen, wollen wir bekennen, dass wir als Besucher in euer Land kommen“. Am Beginn der Vereinigungskonferenz, zu deren Themen auch eine Diskussion über die Charta der Rechte der indigenen Völker gehören wird, die von den USA, Kanada, Australien und Neuseeland noch nicht unterzeichnet ist, soll am 18. Juni 2010 eine zeremonielle Begrüßung durch die Häuptlinge stehen mit Gebeten in der Tradition der UreinwohnerInnen.

Polen:

Hälfte der Priester befürwortet Ende des Zölibats

Bischof Wojciech Polak, der Vorsitzende der Kommission für die Berufung von Geistlichen der polnischen Kirche hat scharfe Kritik an einer Untersuchung von Jozef Baniak, Professor an der Universität von Poznan, geübt, der zufolge 54% der polnischen Priester ein Ende des Zölibats befürworten würden. Mehr als die Hälfte der befragten 823 Priester hätten tiefe Probleme mit ihrer priesterlichen Identität eingeräumt, deutlich häufiger als Probleme mit dem Glauben selbst. Die Ergebnisse korrespondieren mit einem deutlichen Rückgang der Eintrittszahlen in die Priesterseminare des Landes. Der stellvertretende Dekan der Theologischen Fakultät von Poznan erklärte zu den Ergebnissen seines Kollegen, er könne natürlich nicht bestreiten, dass viele, auch er, eine Familie vermissen. Das bedeute jedoch nicht, dass die Interpretation richtig sein, sie seien gegen den Zölibat an sich.

Oekumenischer Rat der Kirchen: Auf der Suche nach einem neuen Generalsekretär

Nachdem am 28. Februar 2009 die Frist zur Nominierung von Kandidaten und Kandidatinnen für einen neuen Generalsekretär für den Oekumenischen Rat der Kirchen (OeRK) geendet hat, tritt die Suche nun in die entscheidende Phase.

Ein Ausschuss, dem unter anderem EKD-Auslandsbischof Martin Schindehütte (Hannover) angehört, soll Vorschläge für die Nachfolge von Samuel Kobia (Genf) machen. Auf der Zentralaussschusstagung vom 26. August bis 2. September 2009 in Genf soll der Nachfolger bzw. die Nachfolgerin von Pfr. Samuel Kobia gewählt werden, der auf eine Kandidatur für eine zweite Amtszeit verzichtet hatte.

Laut Angaben der ökumenische Nachrichtenagentur ENI kursieren inoffiziell eine Reihe von Namen, obwohl es noch keine offizielle Liste des Findungsausschusses gibt.

So hat die Presbyterianische Kirche Koreas bereits im Internet die Nominierung des reformierten Theologen Park Seong-Won

bekannt gegeben. Er gehört dem Zentralausschuss an und war beim Reformierten Weltbund (Genf) tätig. Ein Mitglied der Findungskommission, der Australier Gregor Henderson, hat das Gremium verlassen. Es werde spekuliert, dass er sich selbst um Kobias Nachfolge bewerbe, so ENI. Im Dezember 2008 hatte bereits die lutherische Kirche Norwegens den Generalsekretär ihres Rates für auswärtige und ökumenische Beziehungen, Pfr. Olav Fykse, nominiert. Ferner werde der Generalsekretär der Christlichen Konferenz Asiens, der Thailänder Prawate Khid-Arn genannt. Medien hätten auch den früheren Generalsekretär der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz, den methodistischen Bischof Mvume Dandala aus Südafrika, ins Gespräch gebracht. Doch dieser wurde für die südafrikanische Präsidentschaftswahl im April von der Partei „Congress of the People“ (Volkskongress) als Kandidat aufgestellt.

Norwegen:

Pause bei der Suche nach Öl?

Der Vorschlag des norwegischen Bischofs Tor B. Joergensen von Soer-Haalogaland für ein fünfjähriges Moratorium bei der Suche nach Erdöl und Erdgas in Norwegens Festlandssockel, insbesondere bei den Lofoteninseln, ist von Gewerkschaftsvertretern des Landes zurückgewiesen worden. „Wir brauchen eine Pause, um nachzudenken; wenn wir an einer gerechteren globalen Klimaregulation interessiert sind, müssen wir das Anwachsen unserer Emissionen begrenzen“; ein weiterer Ausbau der Ölfelder sei nicht verantwortbar gegenüber den Armen, so der Bischof, der in seinen Äußerungen von zahlreichen kirchlichen Gremien und Personen unterstützt wird. Während einige Parlamentarier der Idee aufgeschlossen gegenüberstehen, erklärte Oeyvind Silaamo vom norwegischen Gewerkschaftsbund, der Vorschlag sei lächerlich. 150 000 Gewerkschaftsmitglieder seien direkt oder indirekt in der Ölindustrie beschäftigt, und Norwegen brauche die Arbeitsplätze, was auch die Kirche zu verstehen hätte.

Indonesien:

Streit um „Allah“

Die katholische Zeitung „Herald“ der Diözese Kuala Lumpur in Malaysia sieht sich im Zentrum einer landesweiten Auseinandersetzung. In einer Kampagne, der sich ein Großteil der islamischen Presse des südostasiatischen Landes angeschlossen hat, wird der Zeitung vorgeworfen, den Namen „Allah“ für Gott verwendet zu haben. Am 1. Februar wurde dem Diözesanblatt Proselytismus vorgeworfen, durch die Verwendung des Namens „Allah“ für den „Gott der Christen“ solle die „Nation zerstört“ werden.

Der Erzbischof der Hauptstadt Kuala Lumpur, Msgr. Murphy Nicholas Xavier Pakiam, teilte in einer Presseerklärung mit,

dass die Diözese und die katholische Zeitung „keinerlei Kommentare“ zur Medienkampagne abgeben werden, solange keine Entscheidung des Obersten Gerichts zur Sache vorliege und sich die Christen daher „nicht wirklich wehren können“.

Seit einem Jahr ist der Gebrauch des Namens „Allah“ für Nicht-Muslime verboten. Die katholische Zeitung hätte die Schließung riskiert, wenn sie sich nicht den Anweisungen des Ministeriums für die innere Sicherheit unterworfen hätte. Das Ministerium begründet das Verbot damit, dass der Gebrauch des Wortes „Ursache für eine mögliche Verwirrung unter den Moslems und des Konflikts zwischen den beiden religiösen Gemeinschaften“ sein könnte.

Zwischenzeitlich war der Gebrauch des Wortes erlaubt worden, wenn die Zeitung einen großen sichtbaren Warnhinweis auf die Titelseite drucke, die die Zeitung als christlich identifiziert. Die Diözese hat gegen das staatliche Verbot geklagt und erwartet eine Entscheidung des Obersten Gerichts, da es darin eine Verletzung der Religionsfreiheit und der freien Religionsausübung sieht, die durch die malaysische Verfassung garantiert wird.

Wissenschaftler und Politiker haben mehrfach darauf hingewiesen, dass das Wort „Allah“ von den Christen bereits lange vor Mohammed verwendet wurde und die Christen unter anderem im benachbarten Indonesien seit Jahrhunderten den Namen „Allah“ für Gott verwenden, ohne dass dies Grund für Kritik oder gar Angriffe wäre.

Dalai Lama: Bekenntnis

In der russischen Ausgabe des Magazins Newsweek hat der tibetische Geistliche erklärt, er sei selbst in seiner Jugend ein Sympathisant des Marxismus gewesen und habe sogar um die Aufnahme in die chinesische kommunistische Partei nachgesucht. Kommunisten, so der exilierte Führer des tibetischen Buddhismus, kümmerten sich am meisten um Gleichheit und die Rechte der Armen. Dies sei den Prinzipien des Buddhismus sehr ähnlich: Selbstlosigkeit und die Sorge um andere, besonders die Bedürftigen. Als zwei Formen des Humanismus gebe es keinen Widerspruch zwischen einem wirklichen Kommunismus und dem Buddhismus, das Problem sei, dass der Kommunismus niemals sich selbst treu gewesen sei. Der Kampf um die Selbstständigkeit Tibets sei nicht religiös begründet und werde von zahllosen Kommunisten und Atheisten unterstützt, die ehemals enthusiastische Hoffnungen in die kommunistische Herrschaft in China gesetzt hätten. Als er in Beijing gelebt habe, sei durch solche Positionen sein Interesse am Marxismus geweckt worden und er habe Mitglied der kommunistischen Partei werden wollen. Die Idee weltweiter Verantwortlichkeit, die er heute propagiere, entstamme der Gedankenwelt des

Kommunismus: Die arbeitende Klasse auf der ganzen Welt verdiene Gleichheit, dafür sei es nötig zu kämpfen, in Russland und China ebenso wie im Rest der Welt.

Kongo: Ende der Gewalt gefordert

John Baptist Odama, der Erzbischof der ugandischen Diözese von Gulu warnte in einer Erklärung davor, dass eine erneute gemeinsame Militäraktion gegen die Widerstandarmee in der Demokratischen Republik Kongo eine neue Katastrophe hervorrufen könne und nicht geeignet sei, die seit zwanzig Jahren andauernde Krise endlich zu beenden. Erzbischof Odama, der der Acholi-Friedensinitiative vorsteht, einem Zusammenschluss von christlichen und muslimischen Religionsführern im nördlichen Uganda, äußerte sich Mitte Januar 2009 aus Anlass des Beginns einer neuerlichen gemeinsamen militärischen Initiative von Truppen aus Uganda, der Demokratischen Republik Kongo und dem südlichen Sudan: „Krieg erzeugt Rache und Hass, er trennt die Menschen, Krieg hat kein Zuhause und er baut kein Heim“, so der Oberhirte, der sich gegen den Export dieses Krieges durch Uganda in den Kongo wandte, der bereits am Rande eine humanitären Katastrophe stehe. Seit Beginn der militärischen Offensive „Operation Lightning Thunder“ waren zu diesem Zeitpunkt nach Angaben von Hilfsorganisationen nahezu 100 000 Menschen obdachlos geworden. Nach Angaben von Odama seien die Konfliktparteien bereits sehr dicht am Abschluss eines Friedensabkommens gewesen, sie sollten an den Verhandlungstisch zurückkehren. Die Vereinten Nationen sollten eine Verhandlungslösung mit einer eigenen Resolution unterstützen.

UN-Defizit: Solidarität für Dalits

„Das Leid und Unrecht, das Millionen Dalits und Angehörigen anderer Gruppen widerfährt, stellt die Glaubwürdigkeit der Kirchen in ihrem Zeugnis für den Glauben in Indien und weltweit infrage“, betonte Pfarrer Deenabandhu Manchala, Referent des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) für gerechte und integrative Gemeinschaften aus Anlass der „Globalen ökumenischen Konferenz zur Gerechtigkeit für Dalits“, die auf die gemeinsame Initiative von OeRK und Lutherischem Weltbund (LWB) vom 21. bis 24. März 2009 in Bangkok (Thailand) stattfand.

Gastgeberin der Veranstaltung, an der mehr als 100 Vertreter und Vertreterinnen von Kirchen sowie kirchlichen und kirchennahen Organisationen aus aller Welt einschließlich einer großen Delegation der indischen Kirchen sowie der betroffenen Bevölkerungsgruppen teilnahmen, war die Asiatische Christliche Konferenz.

Als erste Tagung dieser Art hat die globa-

le ökumenische Konferenz Erfahrungen und Perspektiven im Zusammenhang mit der Problemstellung gesammelt, wie Gerechtigkeit für Dalits und andere von vergleichbarer Diskriminierung betroffene Gruppen hergestellt werden kann. Darüber hinaus bot sie ein Forum, um ethisch-theologische Ansätze zum Ringen der Dalits um ihr Überleben und ihre Identität zu formulieren, die insbesondere die Rolle der weltweiten Kirchenfamilie angesichts dieser Problematik in den Blick nehmen.

Nach Schätzungen leben in Südasien 250 Millionen Dalits. Traditionell gelten sie als „unberührbar“. Unter ähnlichen Sozialstrukturen, die jeglicher christlichen, ethischen oder auf dem Boden der Menschenrechte stehenden Werteordnung zuwiderlaufen, leiden auch Bevölkerungsgruppen in vielen anderen Ländern weltweit. „Von Unberührbarkeit und Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit ist ein erheblicher Teil der Weltbevölkerung betroffen. Dies steht im direkten Widerspruch zur gottgegebenen Würde eines jeden Menschen“, erklärte der Stellvertretende Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Pfarrer Chandran Paul Martin.

Bei der Vorbereitung der folgenden „Durban-Überprüfungskonferenz“ der Vereinten Nationen zur Umsetzung des Aktionsplans, den die Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz 2001 verabschiedet hatte, wurde das Problem der Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit nicht benannt. Die ökumenische Konferenz in Bangkok machte deutlich, dass die Kirchen der Welt die Herausforderung annehmen, mit der die Staatengemeinschaft nicht bereit ist, sich auseinanderzusetzen.

Neue UN-Dekade: Religiöse Organisationen bilden Koalition für interreligiöse Zusammenarbeit für den Frieden

Eine Koalition aus 45 religiösen, interreligiösen und wertebasierten Organisationen aus fünf Kontinenten hat sich zum Ziel gesetzt, eine „Dekade der Vereinten Nationen für interreligiösen und interkulturellen Dialog, Verständnis und Zusammenarbeit für den Frieden“ auf den Weg zu bringen. Die Mitglieder der neu gegründeten Koalition gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die 64. UN-Generalversammlung, die ihre Beratungen im September 2009 aufnimmt, eine Resolution zur Ausrufung einer solchen Dekade für den Zeitraum 2011–2020 annehmen wird.

Der Vorsitzende der UN-Generalversammlung, Miguel d'Escoto Brockmann, forderte wiederholt einen „neuen Geist der Solidarität“ und verlangte, „unser wirtschaftliches und politisches Tun wieder auf ein starkes Fundament moralischer und ethischer Werte zu stellen“. Er rief die religiösen Ver-

antwortlichen eindringlich dazu auf, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, weil diese Anliegen ein „lebenslanges Engagement“ erforderten und die religiösen Institutionen „Standfestigkeit und Durchhaltevermögen angesichts dieser Herausforderungen“ bewiesen hätten.

Stein Villumstad, stellvertretender Generalsekretär der Weltkonferenz der Religionen für den Frieden, führt den Vorsitz des Lenkungsausschusses der Koalition. „Dies ist eine einmalige Chance für die religiösen Traditionen, die so leicht für zerstörerische Zwecke missbraucht werden, um mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten und ihre Gemeinschaften und Organisationen gemeinsam für dringend erforderliche Friedensaktionen zu mobilisieren“, erklärte er. „Im Zeitraum der Dekade sollten wir etwas bewegen und Veränderungen für die Armen, die Ausgegrenzten und die Unterdrückten dieser Welt bewirken.“

Der Oekumenische Rat der Kirchen, der im Januar 2008 zu der ersten Tagung der Koalition nach Bossey, Schweiz, eingeladen hatte, setze sich auch weiterhin für diese Initiative ein, sagte Shanta Premawardhana, OeRK-Direktor für interreligiösen Dialog und Zusammenarbeit. „Unsere Kirchen haben durch die Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten (CCIA) eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit der UNO und ihren Behörden in einer Vielzahl von Projekten, die zu dauerhaftem Frieden beitragen“, fügte er hinzu.

Das nächste Treffen der Koalition ist im Rahmen des Parlaments der Weltreligionen geplant, das im Dezember 2009 in Melbourne, Australien, tagen wird. Die Koalitionmitglieder hoffen, dass die UN-Dekade am 21. September 2010, dem Internationalen Friedenstag, ausgerufen werden kann. Damit würde sie sich unmittelbar an die laufende Internationale Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit zu Gunsten der Kinder der Welt (2001–2010) und an das Internationale Jahr der Annäherung der Kulturen (2010) anschließen.

Vatikan: Auch auf Chinesisch

Die offizielle Webseite des Vatikans gibt es seit kurzem auf Chinesisch. Durch den neuen Service können Nutzer aus aller Welt die Texte von Papst Benedikt XVI. auch auf klassischem und vereinfachtem Chinesisch abrufen.

Nach Italienisch, Englisch, Französisch, Spanisch, Deutsch, Portugiesisch und Latein ist die Seite www.vatican.va damit in insgesamt acht Sprachen verfügbar. In China selbst legen dabei zahlreiche Theologen Wert auf ein nachkonfessionelles Christentum.

Aus oekumenischen NETZEN

► Bremen

Deutscher Evangelischen Kirchentag

Weiterhin ist die Energie aller kirchlich Engagierten auf das bevorstehende Großereignis des Deutschen Evangelischen Kirchentags ausgerichtet. Im Zentrum Welthandel, das auf dem Museumsschiff Cap San Diego im Europahafen untergebracht ist, beteiligt sich die Oekumenische Initiative am Workshop mit ökumenischen Gästen u. a. aus Südafrika, am **21. 05. 2009**, ab 11 Uhr zu der Frage, ob Oekumenische Partnerschaften eine wirksame Kraft einer positiven „Globalisierung von unten“ darstellen. Der Workshop „PC-global“ am **22. 05. 2009** um 11 Uhr thematisiert Umweltgerechtigkeit und menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Herstellung von Computern. Weiterhin ist die Oekumenische Initiative am Stand der ACK-Bremen beteiligt.

Charta Oecumenica als Arbeitsgrundlage der ACK-Bremen

Auf Anregung der Oekumenischen Initiative wurde im Nachgang zur 3. Europäischen Oekumenischen Versammlung in Sibiu/Hermannstadt die Charta Oecumenica als grundlegende Orientierung für die Arbeit der ACK in die neu formulierte Satzung aufgenommen. Damit ist nach vielen Jahren der Bemühungen seitens der Oekumenischen Initiative durch Handlungsformen wie Stadtkirchentage und Pilgerwege der konziliare Prozess mit seinen Themen Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfung in der Mitte der ACK angekommen; Konfessionsökumene und Gerechtigkeitsökumene sind somit satzungsgemäß zusammengebracht.

Existenzrecht Israels und Frieden mit Palästina

Die vom Oekumenischen Rat der Kirchen nach einer Konferenz im Juni 2007 in Jordanien angestoßene Erklärung „Der Ruf von Amman“ wurde vom Rat der EKD mit kritischen Anmerkungen zur Problematik von wirtschaftlichen Boykottaktionen und bezüglich der pauschalen Rückkehrzusicherung für palästinensische Flüchtlinge übernommen. Vor dem Hintergrund der deutlichen Israelkritik dieses Aufrufs bemühte sich der von der Oekumenischen Initiative mit gegründete Arbeitskreis „Genfer Initiative für einen israelisch-palästinensischen Frieden“ in einem Gespräch mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft um einen das Lagerdenken in pro-israelisch bzw. pro-palästinensisch überwindenden Dialog. Strittige Punkte sind unsererseits die Bewertung

der Mauer bzw. der Sicherungsanlagen sowie die Siedlungspolitik. Beiderseitige Information und Austausch von Planungen sollen zu gegenseitigem Respekt in der Perspektive der Sicherung des Existenzrechts Israels und eines Friedens für Israel und Palästina beitragen. Nach dem Gazakrieg hat sich ein neues breiteres Bündnis für Frieden in Nahost gebildet. Die Beteiligung kirchlich Engagierter ist allerdings gering.

Uwe Ihssen, Oekumenische Initiative Bremen, Evangelisches Bildungswerk im „forum Kirche“, Hollerallee 75, 28209 Bremen, Telefon 0421/3461536, Fax 0421/3461538, ihssen.forum@kirche-bremen.de, www.oekumenische-initiative.de

► Niedersachsen

Kirche und neue Armut

Das ökumenische Netz in Niedersachsen will sich in mehreren Treffen im Jahr 2009 mit „Kirche und neue Armut“ befassen. Ein besonderes Augenmerk gilt den Perspektiven für Kinder und Jugendliche. Der eigene Beitrag soll darin bestehen, politische Kritik anzumahnen. Folgende Teilbereiche werden unter die Lupe genommen:

- ▷ *Bestandserhebung: Lebensbedingungen unter der neuen Armut, bes. für Kinder und Jugendliche,*
- ▷ *Diakonische Hilfsangebote der Kirche,*
- ▷ *Was müsste (sozial-)politisch darüber hinaus gefordert werden?*

Eine erste Tagung hat am 24.01.2009 stattgefunden. In dem Vortrag von Martin Fischer „Über die Diakonie hinaus. Wo muss Diakonie politischer werden?“ ging es zunächst um die Definition und die Erhebung von Fakten zur Armut in Deutschland, sodann um die Frage, wie Diakonie helfen muss. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Punkte: Wo muss die Diakonie aufpassen, dass sie nicht z.B. durch Tafeln – es gibt davon 1000 in Deutschland, mit 32000 Ehrenamtlichen – Armut zementiert. Dass es Tafeln geben muss, ist ein Skandal. Verschärft würde diese Tendenz, wenn Schulen fürs Prekariat am unteren Rande der Gesellschaft entstünden. Wo ist der Übergang von Diakonie zum politischen Protest zwingend? Diese Frage muss intensiver bearbeitet werden.

Auf diesem Hintergrund wurde die zweite Tagung 2009 unter dem Thema „Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles – Die Diakonie im Konkurrenzkampf um die Finanzierung kirchlicher Aufgaben in der hannoverschen Landeskirche“ geplant. Dabei geht es auch um die Konkurrenz diakonischer Projekte und Ansätze untereinander.

Ein Treffen am **20.06.2009** soll zum Thema „Helfen unter Protest“ stattfinden. Da soll noch einmal schärfer ins Auge gefasst werden, wo die Kirche angesichts der wachsenden Armut, bzw. Kluft in unserer Gesellschaft politische Forderungen erheben muss, statt sich rein diakonisch mit dem „Verbinden der Opfer“ (Bonhoeffer) zu begnügen.

Der Referent sollte ausgehen von einer Analyse der herrschenden wirtschaftspolitischen Ideologien, die zur Armut führen und an kirchlichen Papieren (Kirche der Freiheit, Unternehmerdenkschrift) aufzeigen, welche Nähe die Kirche dazu sucht. Zweitens soll der Frage nachgegangen werden: Was müsste die Kirche wirtschaftspolitisch stattdessen fordern, damit die Armut verringert wird?

Oekumenisches Netz in Niedersachsen (OeNN)
Dr. Günther Overlach, Am Lindenhofe 18
30519 Hannover, Tel.: 0511/84871-08, Fax-09
g.g.j.overlach@t-online.de

► Sachsen

Bleibender Auftrag aus der Oekumenischen Versammlung vor 20 Jahren

2009 ist das Jahr der Erinnerung an die friedliche Revolution in der DDR. Aber auch die Oekumenische Versammlung in der DDR liegt zwanzig Jahre zurück. Im April 1989 wurden den Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften in der Dresdner Kreuzkirche die Ergebnisse der Delegierten übergeben. Über 14 Monate hatten sie unter aktuellem Bezug ihre Antworten zu den Überlebensfragen der Welt gesucht. Dabei standen die Themen Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung im Mittelpunkt. Zehntausend Antworten wurden von engagierten Christen eingeschickt. Ein Ergebnis dieser Versammlung ist aber 1990 die Gründung des Oekumenischen Informationszentrums.

Das OeIZ möchte in Zusammenarbeit mit der Katholischen Akademie und der Kreuzkirchengemeinde im Mai bis Juni vier Abende zu den Schwerpunkten: Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfungsbewahrung und Ökumene anbieten.

Ende April wird es für Jugendliche aus Sachsen mit kirchlichem und nichtkirchlichen Hintergrund, ein gemeinsames Wochenende geben. In Form eines Planspiels sollen sie sich mit dem Thema Gerechtigkeit beschäftigen und so ein Thema des Konziliaren Prozesses vertiefen. Dieses Wochenende wird von mehreren Jugendlichen und Jugendmitarbeitern aus der Ökumene vorbereitet.

ANNEMARIE MÜLLER
Oekumenisches Informationszentrum für Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung Dresden e.V.
Kreuzstr. 7, 01067 Dresden, Tel.: 0351/493365 bis 69
Fax.: 4923360, www.infozentrum-dresden.de

► Rheinland

Firma Kirche?

Die evangelische Kirche zählt zu den größten Arbeitgebern in Deutschland. Aber darf sie deshalb auch ein nach wirtschaftlichen Maßstäben zu führender Konzern sein?

In einem schleichenden Prozess prägen wirtschaftliches Handeln und Denken immer breitere Bereiche kirchlicher Existenz: Wirtschaftsfachleute gestalteten maßgeblich die EKD-Zukunftsstudie „Kirche der Freiheit“, Gemeindegewerkschaften arbeitete ausgegliedert in profitabel arbeitende Diakoniestationen, Gemeindekonzeptionen stammen als Führungsinstrumente aus der Wirtschaft und die Prioritätendiskussion der Evangelischen Kirche im Rheinland zielte im Kern darauf ab, Gemeinden von eigenständigen Institutionen zu Filialen eines Konzerns umzugestalten.

Welche Veränderungen unserer Kirche ziehen die Angleichungsprozesse an wirtschaftliche Strukturen und Denkmuster nach sich? Wonach richten wir uns aus? Darüber diskutierte die Solidarische Kirche im Rheinland.

Kontakt: Solidarische Kirche im Rheinland

Erika Haugg, Mozartstr. 9, 45478 Mülheim

Tel.: 02 08 / 59 30 23, soki.rheinland@geonet.de

► Rhein Mosel Saar

Migration und Flucht

Nach zweijähriger Diskussion verabschiedete die Mitgliederversammlung 2008 das Papier „Überlegungen zu Migration und Flucht“. Intensiv diskutierte die Versammlung die Ereignisse um die Abschiebung der kurdischen Familie Yildirim aus dem Kirchenasyl in Koblenz, die für das Netz einer der

Anlässe für die intensive Beschäftigung mit dem Thema Flucht und Migration war. Gemeinsam mit den geladenen Gästen Gisela Rubbert (Asylkommission von Pax Christi) und Wolfgang Jungheim (Netzmitglied und Pax Christi Lahnstein) wurden letzte Änderungen am und Ergänzungen zum Papier eingearbeitet. Das fertige Papier fasst das Grundverständnis der Netzmitglieder zu Migration und Flucht zusammen, analysiert beide vor dem Hintergrund globalisierter Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnisse und reflektiert die biblischen Grundlagen einer christlichen Option für „die fremden Anderen“ als konstitutiv für die Kirchen.

Das Votum der Mitgliederversammlung für das Papier „Überlegungen zu Migration und Flucht“ beinhaltet die Aufforderung an den Netzvorstand, Wege zur Umsetzung des verabschiedeten Papiers in konkrete Politik für Flüchtlinge und MigrantInnen zu suchen. Dabei wurden vor allem Forderungen aus aktuellen Kampagnen von Pro Asyl genannt, die zu unterstützen seien:

So solle angesichts des Sterbens zahlloser Flüchtlinge vor den Außengrenzen Europas dem Seerecht Geltung verschafft, ein sicheres Asylverfahren gewährleistet und Initiativen zur Wiederansiedlung von Flüchtlingen (Resettlement) ergriffen werden.

Ergänzt werden sollten solche Forderungen durch die Ablehnung eines Gastarbeitermodells und durch eine am Menschen orientierte Wirtschafts- und Handelspolitik. Menschenrechte seien im Rahmen des Schutzes für Flüchtlinge zu sichern.

Als Forderungen an die deutsche Politik wurden die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Meldepflicht, eine gesetzliche Bleiberechtsregelung ohne Stichtag sowie die Unterzeichnung der UN-Wanderarbeiterkonvention durch Deutschland genannt.

Dringend nötig sei ein Rechtshilfefonds, der die Flüchtlinge in der Durchsetzung ihrer Rechte unterstütze.

Mit diesen Forderungen wurde dem bei

der Mitgliederversammlung neu gewählten Vorstand ein intensives Arbeitsprogramm aufgetragen. In den geschäftsführenden Vorstand wählte die Versammlung Barbara Bernhof-Bentley (Vorsitzende), Herbert Böttcher (Vorsitzender) und Brigitte Weber (Schatzmeisterin). Dem Erweiterten Vorstand gehören an: Thomas Braun, Achim Dührkoop, Michaela Mayer, Rainer Möller, Dietrich Polster, Ingo Schrooten, Annemarie Stubbe und Peter Weinowski.

S. FERENSCHILD

Patenschaften für Flüchtlingsintegration: „Save me“ Neuwied gegründet

Deutschland sollte jedes Jahr ein Kontingent an Flüchtlingen aus den Erstzufluchtsstaaten aufnehmen und dauerhaft integrieren. Das fordern verschiedene gesellschaftliche Gruppen: Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen. Mit Unterstützung von Pro Asyl haben sie die „Save me-Kampagne“ ins Leben gerufen, die seit Anfang Februar auch in Neuwied unterstützt wird. Neben Bad Kreuznach, Mainz und der Pfalz ist Neuwied damit die vierte „Save me“-Initiative in Rheinland-Pfalz – neben 19 weiteren bundesweit.

Die Idee, regelmäßige Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern der Erstaufnahmestaaten heraus zu holen und ihnen eine Lebensperspektive zu bieten, ist nicht neu. „Neuan-siedlung“ oder „Resettlement“ heißt dies in der Fachsprache und wird zum Teil seit Jahrzehnten von Staaten wie den USA, Kanada, Schweden oder Norwegen durchgeführt.

Damit auch Deutschland regelmäßig Flüchtlinge im Rahmen dieses Resettlement-Programms aufnimmt, werden in immer mehr Städten „Save me“-Kampagnen ins Leben gerufen, mit denen PatInnen ihre Bereitschaft erklären, zur Integration von Flüchtlingen in ihre Gemeinden aktiv beizutragen. Über die Stadträte soll Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, die existierenden rechtlichen Voraussetzungen für dieses Programm auszuschöpfen und durch ein regelmäßiges Aufnahmeprogramm Flüchtlingen eine sichere Lebensperspektive in Deutschland zu bieten.

Infos zur Kampagne unter: www.save-me-neuwied.de
www.save-me-badkreuznach.de, www.save-me-pfalz.de
www.save-me-mainz.de

China: Keine Wirtschaftspartnerschaft ohne Sozialstandards

Das rheinland-pfälzische Bündnis „Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards!“ will bei einer Tagung am **18./19. September 2009** in Koblenz die Realität der Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit der chinesischen Provinz Fujian untersuchen. Fujian ist eine der chinesischen Provinzen, in denen sich die Exportindustrie mit ihren teils skandalösen Arbeitsbedingungen konzentriert. Viele Millionen WanderarbeiterInnen produzieren



Photo: © privat

Neuer Netzvorstand v.l.n.r.: M. Mayer, R. Möller, T. Braun, H. Böttcher, I. Schrooten; vorne: A. Stubbe, B. Bernhof-Bentley, P. Weinowski, B. Weber (nicht auf dem Bild: A. Dührkoop, D. Polster)

dort für die westlichen Märkte – zu Hungerlöhnen und mit exzessiven Überstunden. Das Bündnis kritisiert, dass diese Realität und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen kein Thema in der Partnerschaft seien. Vielmehr ginge es in der Partnerschaft primär um die Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen.

Da 2009 die Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Fujian 20 Jahre alt wird, will das Bündnis mit dieser Tagung auf die „blinden Flecken“ in der Partnerschaft hinweisen.

Infos: www.ak-rl-fujian.de, Sabine Ferenschild

Oekumenisches Netz Rhein Mosel Saar

info@oekumenisches-netz.de

Oekumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V.

Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied

Tel.: 0 26 31 / 35 41 40, Fax: 01 80 / 50 60 33 59 93 76

info@oekumenisches-netz.de

www.oekumenisches-netz.de

► Württemberg

60 Jahre NATO – 60 Jahre Friedensbewegung

Die internationale Friedensbewegung mobilisiert seit 2008 für Veranstaltungen auf dem Weg zum und während des NATO-Gipfels im April in Straßburg, Kehl und Baden-Baden. Aus dem Ländle sind u. a. pax christi Freiburg, OeNW sowie der Versöhnungsbund beteiligt.

Die NATO hat auch in ihrer gewandelten Rolle als weltweite Eingreiftruppe – auch in zukünftigen Rohstoffkriegen – die Funktion einer Gewaltagentur. Demgegenüber engagiert sich seit Jahren die Friedensbewegung auf internationaler Ebene, zumindest aber in Europa, für die Gründung einer Friedensagentur. Zuletzt bei der 3EÖV in Sibiu.

„Nein zu NATO – Ja zum Frieden!“ ist der Titel einer dreiseitigen Handreichung, die mit Unterstützung des Oekumenischen Netz Württemberg von der pax christi-Kommission Friedenspolitik herausgegeben wird. Wir möchten damit zur kritischen Auseinandersetzung anregen, Argumentationsgrundlagen anbieten oder zum Nachdenken einladen.

Die Handreichung möchte:

- ▷ *die Solidität der NATO und die scheinbare Alternativlosigkeit eines Bekenntnisses zu diesem Bündnis hinterfragen und in Frage stellen,*
- ▷ *die Friedensgefährdungen deutlich machen und*
- ▷ *aus friedensethischer und christlicher Verantwortung auf die durch Militär geführten Menschenrechte und auf die zwingende Gültigkeit des Völkerrechts hinweisen.*

Die vollständige PDF-Datei findet sich unter

www.paxchristi.de

SYLVIA DIETER

Pressehütte Mutlangen sucht Freiwillige

Junge Menschen werden im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres in der Mutlanger Pressehütte leben und von dort aus im Ostalbkreis und bei der UNO für eine atomwaffenfreie Zukunft eintreten.

Fest steht schon: Nina Eisenhardt wird nach ihrem Abitur ab September ein FSJ ableisten. Nina ist seit ihrem 14. Lebensjahr sehr aktiv in der Friedensarbeit. Sie war auf allen Mutlanger Aktionsreisen mit dabei und ist eine der KoordinatorInnen von BANg (Ban All Nukes generation)

Der Mensch soll nicht allein sein, daher wird ein zweiter FSJ-Platz eingerichtet, der noch zu haben ist. Die FSJ-ler werden für Workshops zu Atomwaffen und ihrer Abrüstung in Jugendgruppen zur Verfügung stehen.

Sie können sich wegen eines Termins melden bei:

Pressehütte Mutlangen, Kontakt: Brigitte Wick

Tel.: 0 71 71 / 18 20 41, Wolfgang Schlupp-Hauck

Klarenbergstr. 200, 73525 Schwäbisch Gmünd

wolfgang.schlupp-hauck@t-online.de

Oekumenisches Netz Württemberg, c/o Sylvia Dieter

Nahe Weinbergstr. 12, 74348 Lauffen am Neckar

Tel.: 0 71 33 / 210 68

► Plädoyer für eine ökumenische Zukunft



Von der Hoffnung, die in uns ist

Das Plädoyer wird sein 30-jähriges Bestehen mit einer offenen Akademietagung vom **9. bis 11. Oktober 2009** in Loccum feiern zum Thema „Von der Hoffnung, die in uns ist“. Es wird eine Standortbestimmung des gegenwärtigen ökumenischen Denkens und Handelns vorgenommen, verbunden mit der Frage, welche Positionierungen für die Zukunft tragfähig sind und welche neuen Orientierungen auf der Grundlage von biblisch-theologischer Reflexion und Entwicklungen vor Ort und weltweit nötig sind. Die Stationen der ökumenischen Gerechtigkeitsdiskussion werden nachgezeichnet und ihre Bedeutung für das Kirchesein von Kirche festgestellt. Im Blick auf Prioritätensetzungen überlegte das Plädoyer unter anderem, was der herrschenden Rekonfessionalisierung entgegen gesetzt werden kann, diskutierte die Entwicklung eines Konzepts der „Oekumene der Religionen“ und befasste sich mit der „Erklärung zur ökologischen

Gerechtigkeit und ökologischer Schuld“, die von den Mitgliedskirchen des OeRK nur sehr zögerlich aufgegriffen bzw. nicht mitgetragen wird.

Zum Jubiläum hat ein sog. Historie-Beirat in mehrjähriger Arbeit die Geschichte des Plädoyers „als Geschichte von Oekumene in Deutschland“ erforscht und in Themenblöcken nachgezeichnet. Das ca. 300 Seiten umfassende Werk mit dem Titel „Erinnern – für eine ökumenische Zukunft. 30 Jahre Plädoyer“ wird im Sommer im Lembeck-Verlag erscheinen (24,- EUR, Vorbestellungen s.u.).

Werner Gebert, Pfr. i. R., Plädoyer-Geschäftsführer

Banweg 14, 72131 Ofterdingen, Tel.: 0 74 73 / 95 98 98

Fax: - 95 98 94, euw.gebert@t-online.de

► Oekumenisches Forum Christlicher Frauen in Europa (OeFCFE)

Verantwortung für die Schöpfung

Was sind wir dabei, mit der Welt anzurichten, die uns anvertraut ist? Die Begriffe Klimawandel und Artenschwund bezeichnen den Trend. Für die Mitglieder in einem europäischen ökumenischen Frauennetzwerk mit internationalen Verbindungen ist offensichtlich:

Die Auswirkungen dieses Trends sind ungerecht verteilt. Die Industrienationen und innerhalb Europas die reichen westlichen Länder nutzen mehr Ressourcen als ihnen zustehen. Sie sind eher in der Lage, mit den negativen Auswirkungen fertig zu werden als ärmere Länder.

Den Trend umzukehren bedarf großer Anstrengungen, da ein (noch) funktionierendes Wirtschaftssystem dem entgegensteht.

Als Frauen sind wir Teil dieses Systems, haben aber auch Gestaltungsmacht. Politische Lösungsansätze wie die Energie- und die Agrarwende können mit unserer Unterstützung leichter gelingen.

Vor allem seit dem Impuls, den die Europäische Oekumenische Versammlung 2007 in Sibiu gegeben hat, hat das deutsche Forum sich mit seiner Verantwortung für die Schöpfung auseinandergesetzt.

Daran zu arbeiten ist Aufgabe im laufenden Jahr. Unter anderem geschieht das im Rahmen der „Oekologischen Sommerschule“, die vom **23. bis 29. August 2009** in Woltersdorf bei Berlin unter der Überschrift „Vom Reden zum Handeln“ stattfindet. Es sind Ost-West-Treffen mit etwa gleich vielen Teilnehmerinnen aus Ost- und Westeuropa. Aufbauend auf der vierten Sommerschule 2007 „Frauen und Energie“ wird auch dieses Mal der Schwerpunkt auf Energiefragen liegen. Die Teilnahme ist nicht auf Forumsmitglieder beschränkt, Gäste sind willkommen.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.oekumeneforum.de oder bei Elisabeth Bücking Tel.: 0761/40 75 90, ebuecking@sirmadras.de.

Um die Verantwortung für die Schöpfung geht es auch in einem Seminar, zu dem das Oekumenische Forum in Kooperation mit anderen christlichen Frauenverbänden, dem Frauenstudien- und Bildungszentrum und Frauen der orthodoxen Kirchen einlädt. Ein besonderer Aspekt wird der Blick auf orthodoxe Schöpfungstraditionen bilden. Thema: unterwerfen, bewahren, ehren? Schöpfung im ökumenischen Gespräch (**4. bis 6. September 2009**, Akademie Hofgeismar)

ReferentInnen: Marina Kiroudi, orthodoxe Theologin (ACK) und Prof. Dr. Frank Crüsemann.

Anmeldung und Information: zich@fsbz.de oder Waltraud Liefekett Tel.: 05 31/700 92 59, w.liefekett@web.de

► Oekumenische Initiative Eine Welt (OeIEW)



Interreligiöser Dialog zu Schöpfungsverantwortung

Junge Menschen für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung zu begeistern ist für die Oekumenische Initiative Eine Welt zu einer wichtigen Aufgabe geworden. So beschäftigt sie seit September 2008 eine Jahrespraktikantin, die sich um den Aufbau und die Koordination eines Erd-Charta Jugendnetzwerks in Deutschland kümmert. In über 70 Ländern setzen sich Erd-Charta Jugendgruppen, Partnerorganisationen und Einzelpersonen für die Verbreitung und Umsetzung der ganzheitlichen Ethik der Erd-Charta ein.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Oekumenischen Initiative Eine Welt ist die Förderung des interreligiösen Dialogs zu Themen der Schöpfungsverantwortung. Die diesjährige Jahrestagung, die vom **24. bis 26. April 2009** in der Oekumenischen Herberge der Zukunftswerkstatt Oekumene in Warburg-Germete stattfinden wird, steht unter dem Titel: „Die erneuerbaren Energien der Hoffnung – Ansätze einer interreligiösen Zusammenarbeit für zukunftsfähige Lebensweisen.“ Es wird darum gehen, mit christlichen und buddhistischen Referenten verschiedene Zugänge zu einer nachhaltigen, solidarischen und achtsamen Lebensweise auszuloten. Den Hintergrund der Tagung bildet das internationale Erd-Charta Programm für Religion und

Nachhaltigkeit, das seit Dezember 2007 offiziell in der ÖIEW angesiedelt ist und sich das Ziel gesetzt hat, einen lebendigen Austausch zwischen sozial und ökologisch orientierten Glaubensgemeinschaften zu fördern.

Den thematischen Einstieg übernimmt Prof. Günter Altner, der Überlegungen zur interreligiösen Kooperation angesichts der weltweiten Finanz-, Hunger-, und Klimakrise vorstellen wird. Als Referentinnen sind Sr. Margrit Höpfler, deutsche Kontaktschwester des internationalen SHALOM-Netzwerks der Armen Schulschwester Unserer Lieben Frau, sowie Sr. Chau Nghiem, buddhistische Nonne des Ordens vom vietnamesischen Zen-Meister Thich Nhat Hanh, geladen. Anmeldungen nimmt die OeIEW bis zum **15. April 2009** entgegen.

Oekumenischen Initiative Eine Welt, Mittelstr. 4 34474 Diemelstadt-Wethen, Tel.: 0 56 94/1417 www.oeiew.de

► Internationaler Versöhnungsbund



Versöhnung

Der Deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes greift das von den Vereinten Nationen für 2009 ausgerufenen „Jahr der Versöhnung“ auf. Auf seiner Jahrestagung befasst er sich damit auf gesellschaftspolitischer Ebene, im Nord-Süd Zusammenhang, auf religiöser und persönlicher Ebene. Arbeitsgruppen widmen sich unter anderem den Themen

- ▷ *Rache und Versöhnung in den abrahamitischen Religionen*
- ▷ *Versöhnung in Tschetschenien*
- ▷ *Gender-Training*
- ▷ *Große Seen – Versöhnung im Kongo*
- ▷ *Schutzpflicht – Responsibility to protect (R2P)*

Die Jahrestagung 2009 findet vom **11. bis 14. Juni** in Bonn statt. Die Anmeldung wird bis **26.04.2009** erbeten.

Im Internet ist unter www.versoehnungsbund.de ein Anmeldeformular eingestellt.

Während des Evangelischen Kirchentags in Bremen gestaltet der Versöhnungsbund in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Andreas-Gemeinde in der Werner-von-Siemens-Str. 55, 28357 Bremen, vom **21.05. bis 23.05.2009** ein „Zentrum gewaltfrei leben und handeln“ mit Vorträgen, Workshops, Diskussion und Begegnung u. a. zu „EKD Friedensdenkschrift und der Frie-

densauftrag der Kirchen“, mit Ullrich Hahn, „Solidarität für eine friedliche Politik in Nahost“ mit Iris Hefets-Borchardt, Mitglied bei Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost, „Ubuntu – Gemeinsam sind wir stark!“ LehrerInnen-Training zur Stärkung des Schülerelbstbewusstseins und der Klassengemeinschaft (ab 3. Klasse) mit Klaus Burckhardt. Dazu wird jeden Morgen eine Bibelarbeit angeboten und durchgängige Ausstellungen zu „Nakba – 60 Jahre Flucht und Vertreibung der Palästinenser“ sowie „Entfernung von der Truppe – KDV und Desertion im Dritten Reich“.

Weitere Informationen: Internationaler Versöhnungsbund Deutscher Zweig e.V., Geschäftsstelle: Schwarzer Weg 8, 32423 Minden Tel.: 05 71/-85 08 75 Fax: 8 29 23 87 vb@versoehnungsbund.de, www.versoehnungsbund.de

► Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)

Oekumenischer Kirchentag, Gewalt überwinden und „Schöpfungszeit“

Die langjährige Geschäftsführerin der ACK, Pfarrerin Barbara Rudolph, wechselte zum 01. März 2009 in die Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland. Die Nachfolge in der Geschäftsführung der ACK wird von der Deutschen Bischofskonferenz bestellt. Die ökumenische Arbeit soll mit den geplanten nächsten Stationen Einführung einer „Schöpfungszeit“, 2. Oekumenischer Kirchentag, Dekade zur Überwindung von Gewalt, Gespräch mit den Kirchen der Pfingsttraditionen und das Projekt „Weißt Du, wer ich bin“ fortgeführt werden.

Oekumenische Centrale, Ludolfstr. 2-4 60487 Frankfurt am Main Tel.: 0 69/-24 70 27-0, Fax: 0 69/2 47 02-30 info@ack-oc.de

► Erlassjahr-Schuldenreport 2009



Globale Finanzkrise führt zu neuer Schuldenkrise in Entwicklungsländern

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat dramatische Auswirkungen auf zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer. Darauf

macht der Schuldenreport 2009 von erlassjahr.de aufmerksam. Einbrüche auf den Exportmärkten, eine rasant anwachsende Verteuerung von Krediten sowie die Verringerung von Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit führen momentan zu einer raschen Neuverschuldung der so genannten HIPC-Staaten (hochverschuldete ärmste Länder).

Jürgen Kaiser, Koordinator von erlassjahr.de und Mit-Autor des Reportes warnt: „In sieben afrikanischen Staaten droht noch in diesem Jahr die Zahlungsunfähigkeit, weitere sechs weisen ein hohes Risiko von baldiger Staatsinsolvenz auf. Über eigene Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft verfügen die ärmsten Länder, anders als die westlichen Industriestaaten, nicht. „Das wird am Beispiel Ruandas deutlich. Eine Vervierfachung der Nahrungsmittel- und Energiepreise, ein nur geringer Anstieg beim Hauptexporterzeugnis Kaffee sowie miserable Kreditkonditionen auf den weltweiten Finanzmärkten führen dort jetzt in eine Sackgasse. Dringend benötigte Investitionen in den Bereichen Bildung und Gesundheit bleiben aus. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Ruanda daher erst kürzlich ein hohes Risiko der Zahlungsunfähigkeit bescheinigt.“

John Kalenzi, Leiter von African Evangelistic Enterprise in Ruanda, berichtet: „Die Gehälter von Lehrern und Ärzten werden schon heute zum Teil unregelmäßig oder nichtmehr bezahlt. In gerade fertig gestellten Schulen auf dem Land fehlen Lehrer und können auch nicht eingestellt werden. Gleichzeitig fehlen Ärzte und Krankenschwestern. Durch die Aidskatastrophe, aber auch durch Malaria und andere Krankheiten erkranken und sterben zunehmend Kinder und ihre Eltern, weil es schon heute an Medikamenten und Personalmangel.“

Erlassjahr.de fordert künftig faire und transparente Schiedsverfahren für hochverschuldete Staaten. Diese Verfahren verhindern, dass die Staaten Kredite zu völlig überhöhten Zinsen aufnehmen und die Zivilgesellschaft entsprechend einbezogen wird.

www.erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung
Björn Lampe, Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf
Tel.: 0211/4 69 3211, Fax: 46 93 197
b.lampe@erlassjahr.de, mobil: 0178/449 34 25

► Kairos Europa

Fachkonsultation zur Thematik der „ökologischen Schulden“

Im Rahmen des aktuellen Arbeitsschwerpunktes „ökologische Schulden“ führt Kairos Europa vom **8. bis 9. Juli 2009** in Frankfurt/M. eine Fachkonsultation durch, die die Auseinandersetzung mit der vom OeRK zur Diskussion unterbreiteten „Vorgeschlagene Erklärung zu ökologischer Gerechtigkeit und ökologischen Schulden“ vor-

anbringen soll. Als ReferentInnen bzw. DiskutantInnen haben u.a. bereits zugesagt: Dr. Angelika Zahrnt (BUND-Ehrenvorsitzende), Dr. Rogate Mshana (OeRK), Ute Koczy (MdB).

„Die Eigentumsfrage kehrt zurück“

In der Kairos Europa-Reihe „Kurz & Knapp“ ist ein neues Heft erschienen. Es trägt den Titel „Räuberische Aneignung im Neoliberalismus. Die Eigentumsfrage kehrt zurück“ und umfasst 30 Seiten. Das Heft geht zunächst ein auf die Herauentwicklung der herrschenden Eigentumskonzeption im Alten Orient und der Antike, bespricht die Eigentumsmarktgesellschaft der Neuzeit und versucht die Begriffsfassung und Bedeutung in unserer heutigen Rechtsordnung zu entfalten. Anschließend widmet es sich der Expansion privatwirtschaftlicher Aneignung und der Ausdehnung des Eigentumsbegriffs im neoliberalen Kapitalismus und deren Folgen, u.a. der Privatisierung (nationaler) öffentlicher Güter und Dienstleistungen, der Privatisierung globaler Gemeingüter („Global Commons“) sowie den internationalen Finanzmärkten als „Brennglas“ räuberischer Aneignung im Neoliberalismus.

Zum Schluss werden Perspektiven und Anknüpfungspunkte im Engagement für eine Eigentumsordnung von unten entwickelt.

Die Publikation kann beim Heidelberger Kairos-Büro bestellt werden (3,50 EUR zzgl. Versand).

Kairos Europa, Hegenichstr. 22, 69124 Heidelberg
Tel.: 0 62 21 / 71 60 05 (AB), Fax: 71 60 06
info@kairoseuropa.de, www.kairoseuropa.de

► Inkota

Kirchliche Organisationen in der „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ kritisieren Unternehmer-Denkschrift der EKD

Kirchliche Organisationen der „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ üben Kritik an der Unternehmer-Denkschrift der EKD „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“. „Die Denkschrift bleibt weit hinter dem zurück, was unter Fachleuten aus Unternehmenskreisen, bei Sozial-Audits, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen Konsens ist“ heißt es in einer öffentlichen Erklärung. Die EKD könnte Impulsgeber sein, wenn diese den gesellschaftlichen Diskurs nach einem verbindlichen Rahmen zur sozialen Rechenschaft von Unternehmen fördern und an richtungweisenden Positionen anknüpfen würde wie z.B. der Resolution des Europäischen Parlaments zur sozialen Verantwortung von Unternehmen.

Seit 19 Jahren weist die „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ in Studien eine systematische Verletzung universeller Menschenrech-

te bei der Herstellung von Bekleidung nach. Auf Grundlage dieser Expertise kommen die Kampagnenverantwortlichen zu dem Schluss, dass sich in der EKD-Denkschrift die Realität der globalen industriellen Beziehungen nicht wiederfindet. „Das Thema freiwillige Soziale Verpflichtung (CSR) ist an einem Scheideweg angekommen. Es ist höchste Zeit für verbindliche Corporate Accountability-Rahmensetzungen, damit die Wirtschaft ihren rechtlichen und ethischen Verpflichtungen gegenüber den ArbeitnehmerInnen nachkommt“, so die Kampagnenträger, zu denen unter anderen das Netzwerk Inkota, das Frauenwerk der evangelischen Kirche in Nordelbien und das ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar zählt. VerbraucherInnen wären als einziges ethisches Korrektiv, wie es die Denkschrift nahe legt, zu wirkungsschwach. Denn neben punktuellen Veränderungen zugunsten Betroffener, wird der Wirtschaftserfolg prinzipiell über die Geltung der Menschenrechte gestellt und soziale Verantwortung der Freiwilligkeiten überlassen.

Eine Evangelische Denkschrift sollte, wenn sie die „Interessen der Verlierer der Globalisierung in den Mittelpunkt“ rücken will, mehr Anwaltschaft für diese übernehmen. Denn angesichts der gegenwärtigen Krise sind offensichtlich bindende Leitplanken für wirtschaftliches Handeln notwendig. Die Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung fordert verbindliche Umwelt- und Sozialstandards und Berichtspflicht.

INKOTA-netzwerk e.V., Berndt Hinzmann
Greifswalder Straße 33a, 10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11, Fax: 0 30 / 4 28 91 12
inkota@inkota.de, Internet: www.inkota.de

► Oekumenischer Kirchentag

Globalisierung, Frieden und Entwicklung

Beim Oekumenischen Kirchentag in München im Mai 2010 geht es um Fragen von Globalisierung, Frieden und Entwicklung. Das hat das Präsidium bekannt gegeben. Die Großveranstaltung steht unter dem Leitwort „Damit ihr Hoffnung habt“. In den kommenden Monaten erarbeiten die Veranstalter dazu 40 Projekte. Die Themenbereiche lauten „Verantwortlich handeln - Christsein in der einen Welt“, „Miteinander leben - Christsein in der offenen Gesellschaft“, „Suchen und Finden - Christsein in pluralen Lebenswelten“ und „Glauben leben - Christsein in der Vielfalt der Kirchen“. Es handelt sich um den zweiten Oekumenischen Kirchentag nach Berlin im Jahr 2003.

Zweiter Oekumenischer Kirchentag München 2010 e.V.
„Neue Hopfenpost“, Rundfunkplatz 4, 80335 München
Postfach 3104, 80104 München, Tel.: 0 89 / 55 99 97-0
Fax: 55 99 97-109, www.oekt.de, info@oekt.de

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burgthann
Tel.: 0 91 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg
Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen
in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Tel.: 01 75 / 9 09 32 89
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Oekumenisches Netz in Niedersachsen
Dr. Günther Overlach
Am Lindenhofe, D-30519 Hannover
Tel.: 05 11 / 8 48 71-08, Fax: -09
g.g.j.overlach@t-online.de

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
D-56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90
Fax: 0 21 82 / 27 45
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
Tel.: 02 08 / 59 30 23

Sachsen-Anhalt

Arbeitsstelle Eine Welt
Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Horst Hoffmann, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-73
Fax: 02 31 / 54 09-21
Solidarische Kirche Westfalen-Lippe
Michael Nelson, Ostberger Str. 26
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45
A-P-S@gmx.de

Förder mit glied schaft

bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den

OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST

sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland